



CDU-Ratsfraktion Erkrath
Wolfgang Jöbges
Amselweg 6
40699 Erkrath
Tel.: 0211 244256
Mail: info@joebges.de
24.03.2015

Haushaltsrede 2015 CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Jöbges

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Werner,
sehr geehrte Damen und Herren!

Wieder ist ein Jahr vorbei. So schnell geht das. Die Zeit fliegt an uns vorbei. Auch an Erkrath ??? Nur die Zeit ???

Im Mai 2014 haben die Erkrather Bürgerinnen und Bürger bei der Kommunalwahl über die Zusammensetzung des neuen Stadtrates abgestimmt und uns hier alle in den Stadtrat gewählt. Diesmal sogar für sechs Jahre.

Die Zeiten von klaren Mehrheiten sind in vielen Städten seit Jahren vorbei. Und selbst die früher immer beschworenen „bayerischen Verhältnisse“ gibt es selbst in Bayern nicht mehr. Die Zeiten ändern sich und wir sollten und müssen dies akzeptieren.

Eines haben die Bürgerinnen und Bürger aber in Erkrath nicht gewollt, dass es so weitergeht wie in den letzten fünf Jahren. Stillstand auf allen Ebenen, keine klare Linie in der Politik und „nur nicht etwas anpacken, es könnten ja nicht alle Menschen dafür sein“. Die Bürger erwarteten zu Recht, dass die Politik in Erkrath wieder handlungsfähig wird.

Uns, der CDU als größter Fraktion, war nicht erst am Wahlabend klar, dass Erkrath für die nächsten 6 Jahre eine handlungsfähige Mehrheit braucht.

Wie stellt sich die Situation der Stadt Erkrath dar? Der Handlungsspielraum der Politik spiegelt sich im jährlichen Haushaltsplan wieder.

Die finanzielle Lage der Stadt Erkrath hat sich in den letzten 5 Jahren nicht verbessert, sondern stagniert auf dem Niveau vor der Krise 2009.

Der Kämmerer hat in seinem Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf 2015 eindrucksvoll und nachvollziehbar dargestellt, wie sich die finanzielle Lage der Stadt Erkrath entwickelt hat. Hierfür darf ich mich zunächst einmal beim Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern recht herzlich bedanken. Trotz aller Anstrengungen war es wiederum nicht möglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das Defizit liegt bei 3,6 Mio. EURO und es erfolgt 2015 ein weiterer Verzehr des Eigenkapitals von 2,24 %.

Seit dem Jahr 2008 bis zum Jahr 2015 ist ein Eigenkapitalverzehr von 22 % zu verzeichnen. Wir haben also rund $\frac{1}{4}$ unseres Vermögens in den letzten Jahren „verkonsumiert“.

Selbst bei prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen von 28,9 Mio. EURO, 23,3 Mio. EURO Einkommensteuer und Schlüsselzuweisungen von 3,27 Mio. EURO weist der Haushaltsentwurf ein Defizit von 3,6 Mio. EURO aus.

Woran liegt das? Ist das Problem hausgemacht in Erkrath? Sind die Anderen, wie Bund, Land, Landschaftsverband und Kreis schuld?

Nach wie vor entlasten Bund und Land ihre Haushalte zu Lasten der Gemeinden. Nach wie vor beachten Bund und Land die Konnexität im Verfassungsrang nicht und belasten Gemeinden mit immer neuen, teuren Aufgaben. Als aktuelles Beispiel lassen sich die steigenden Kosten im Asylbewerberbereich aufführen, wo der Bund die Asylsuchenden auf die Gemeinden verteilt und sich nur in geringem Umfang an den Kosten beteiligt.

Auch das Land NRW verhält sich nicht besser. Die Kosten für die OGS werden nicht 1:1 der Stadt erstattet, wenngleich doch die Zuständigkeit für schulische Bildung eindeutig beim Land liegt. Warum muss die Stadt Personal für die OGS einstellen, und warum führt das Land nicht Ganztagsunterricht an den Grundschulen ein?

Ein weiteres Beispiel ist die Inklusion, wo ohne zusätzliches, durch die Städte gezahltes, Personal die Kinder auf der Strecke blieben.

Die angeführten Beispiele betreffen jedoch nicht nur Erkrath, sondern alle Gemeinden in NRW.

Aber auch der Kreis Mettmann verhält sich mit seiner Kreisumlage nicht freundlicher. Die gesamte Kreisumlage für den Kreis Mettmann stieg von 2011 von 271,2 Mio. EUR auf 357,4 Mio. EUR im Jahr 2015, somit um rund 31,7 %. Dagegen stieg die Umlage des Landschaftsverbandes in demselben Zeitraum nur von 168,3 Mio. EUR auf 183,4 Mio. EUR, rund 9%.

Aus den Zahlen ist klar ersichtlich, dass nicht der immer gescholtene Landschaftsverband alles schuld ist, sondern auch die Ausgabendisziplin des Kreises Mettmann stark zu wünschen übrig lässt.

Der Rückgang der Erkrather Kreisumlage von 22,7 Mio. EUR im Jahre 2013 auf 20,5 Mio. im Jahre 2015 ist nicht auf einen Rückgang der Gesamtumlage zurückzuführen, sondern auf die enorme Steuerkraft von Monheim, dem ehemaligen Schlusslicht des Kreises Mettmann. Monheim zahlt alleine rund 30% der gesamten Kreisumlage. Ohne den „Monheim-Effekt“ müssten wir geschätzt 6 Mio. EUR mehr Kreisumlage zahlen und würden in der Haushaltsicherung landen.

Mit rund 252 Mio. EUR weist Monheim im Jahr 2014 eine fast doppelt so hohe Steuerkraft wie die Stadt Gelsenkirchen (130 Mio. EUR) auf, übertrifft Krefeld (227 Mio. EUR) und unterschreitet knapp die Steuerkraft von Mönchengladbach (272 Mio. EUR).

In Monheim zeigt ein 33-jähriger Bürgermeister, was man mit großzügigen Gewerbeflächen erreichen kann.

Erkrath hat leider nicht Monheims Flächen, so dass wir unseren eigenen Weg zur Lösung unsere finanziellen Probleme finden müssen.

Nicht nur wir, sondern auch die IHK, sehen in der finanziellen Situation eine Gefährdung der Handlungsfähigkeit der Stadt Erkrath.

Die Industrie- und Handelskammer bringt es in ihrer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2015 klar zum Ausdruck. Ich zitiere:

- *„Die in den letzten Jahren von der IHK im Rahmen der Haushaltsstellungen aufgezeigten Risiken für die Haushaltssituation der Stadt Erkrath wirken auch aktuell fort.“*
- *„Auf lange Sicht kann die Stadt auch durch den kontinuierlichen Ausweis von Fehlbeträgen unterhalb der gesetzlichen Sanktionsschwelle in finanzielle Schwierigkeiten geraten.“*
- *„Zudem begrenzt die von der IHK in der Vergangenheit vielfach angesprochene problematische Gewerbeflächenpolitik der Stadt Erkrath die Möglichkeiten von Gewerbeneuansiedlungen.“*
- *„Vor diesem Hintergrund spricht sich die IHK erneut dafür aus, dass die Stadt das bereits seit Jahren schwelende Gewerbeflächenproblem in Erkrath angeht. Nur so kann sie die Wirtschaftsförderung in die Lage versetzen, die Gewerbesteuerbasis nachhaltig durch Neuansiedlung von Firmen zu stärken.“*

In meiner Haushaltrede 2014 habe ich die fehlende strategische Ausrichtung des Stadtentwicklungskonzeptes auf die Zukunft der Stadt kritisiert. Hierzu hatte ich ausgeführt: (Ich zitiere)

„Für die Zukunft Erkraths müssen zwei zentrale Fragen klar beantwortet werden:

1. Um unsere Ausgaben zu decken, die seit Jahren deutlich über den Einnahmen liegen, benötigen wir dringend weitere Gewerbebetriebe. Wo sollen diese angesiedelt werden?

2. Wo sollen junge Familien hinziehen, die dringend benötigt werden, um den demographischen Wandel, das Absinken der Einwohnerzahl und die mangelnde Auslastung der Infrastruktur abzumildern?“

(Ende des Zitates)

Um diese Problemstellungen kurzfristig anzugehen, war es notwendig, das Stadtentwicklungskonzept mit einem „Turbolader“ zu beschleunigen.

Vorher war geplant, sich erst in 5 Jahren Gedanken zu machen, ob die ersten Maßnahmen der Innenverdichtung gegriffen haben oder nicht. Sodann wollte man überlegen wie es weiter geht. Langsam, wie es vor 5 Jahren begonnen hatte, sollte es auch weiter gehen mit dem STEK: Alle Entscheidungen auf die lange Bank schieben.

Doch damit ist es jetzt vorbei.

CDU und BmU haben auf der Grundlage ihrer Wahlprogramme und auf Grund der übereinstimmenden Einschätzung der finanziellen Situation der Stadt Erkrath miteinander verhandelt, um eine handlungsfähige Mehrheit im Erkrather Stadtrat herzustellen.

Einen gemeinsamen Nenner zwischen CDU und BmU herzustellen war nicht leicht, es ist uns aber in konstruktiven Verhandlungen gelungen, tragfähige Kompromisse zu allen wichtigen Themen zu finden. Wo uns das nicht gelungen ist (Kleines Bruchhaus, Standort der Feuerwache), sprechen wir dies klar aus und können zusammen damit umgehen.

Unsere gemeinsamen Vorstellungen wurden gemäß gleichlautendem Beschluss der BmU und der CDU, Basis für die Formulierung des Handlungskonzeptes unserer gemeinsamen Koalition.

Dieses erfolgt auf der Grundlage des vorliegenden Stadtentwicklungskonzeptes als handlungsleitendem Prinzip, welches innerhalb der nächsten zwei Jahre einer Evaluation unterzogen wird.

Wesentliches Ziel ist, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Erkrath zu sichern und gerecht gegen andere Belange abzuwägen

Innerhalb von zwei Jahren wird jetzt die Wirksamkeit des STEK in Hinblick auf die Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt überprüft. Und dann werden wir zusammen mit der BmU die Entscheidungen treffen, die Erkrath fit für die nächsten 20 Jahre machen.

Es gilt, alle Chancen wahrzunehmen, welche die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt verbessern können. Deshalb haben wir auch gerne die Anregung aufgegriffen zu überprüfen, ob Erkrath in den Genuss der Programmes „Soziale Stadt“ kommen kann.

Hier könnte sich die Möglichkeit auftun, erhebliche Zuschüsse des Landes für Maßnahmen im Bereich Sandheide zu erhalten. Im Rahmen der von uns beschlossenen Kurzexpertise wird kurzfristig überprüft, ob das Programm auf Erkrath passt.

Bleibt mir zum Ende meiner Rede nochmals der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und den Bürgermeister für die im letzten Jahr geleistete Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Erkrath.

Die CDU-Fraktion wird dem zur Abstimmung stehenden Haushaltsentwurf und Stellenplan zustimmen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Jöbges
CDU-Fraktionsvorsitzender